

II- 816 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates

DER BUNDESMINISTER
FÜR
AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN

Zl.107.051-4b(POL)71

XII. Gesetzgebungsperiode

355 /A.B.
zu 362/J.

Präs. am 16. Feb. 1971

An den

Herrn Präsidenten des Nationalrates
Dipl.Ing.Karl Waldbrunner

Parlament

W i e n

Nach der dem Bundeskanzleramt zugegangenen Note der Kanzlei des Präsidenten des Nationalrates Nr.362/J vom 18.Dezember 1970, haben die Abgeordneten zum Nationalrat Dr.SCRINZI, PETER und Genossen eine

A n f r a g e

an die Bundesregierung betreffend die "Empfehlung Nr.609 der Beratenden Versammlung des Europarates über die Rauschgiftsucht" überreicht.

Ich beeohre mich, diese Anfrage in Entsprechung des Beschlusses Zl.21.124-PrM/71 des Ministerrates vom 9.Februar 1.J. namens der Bundesregierung wie folgt zu beantworten:

"Die Beratende Versammlung des Europarates hat am 21.September 1970 die Empfehlung Nr.609 betreffend Rauschgiftsucht angenommen, in deren erstem Teil (Abs.7(I)) bzw. zweitem Teil (Abs.6(II)) sie dem Ministerrat empfiehlt,

- I. die Mitgliedsregierungen einzuladen,
- a) alle Anstrengungen zu unternehmen, mit Hilfe der Massenmedien und anderer Erziehungsmassnahmen die Öffentlichkeit und besondere Gruppen in ihr über die Probleme zu informieren, die mit der selbständigen Einnahme von Drogen verbunden sind, die eine Abhängigkeit hervorrufen;

. / .

- 2 -

- b) Beratungsstellen einzurichten, in denen Personen fachmännisch Rat und Hilfe bei ihren Bemühungen erhalten, sich von der Drogeneinnahme zu befreien;
 - c) eine genügende Anzahl gut ausgestatteter Behandlungszentren für Personen, die psychisch oder physisch von Drogen abhängig geworden sind, sowie besondere Einrichtungen für die medizinische und soziale Rehabilitation dieser Kranken zu schaffen;
 - d) die Möglichkeiten zu verbessern, die Probleme der Drogenabhängigkeit zu erforschen, die es Forschern der verschiedenen Disziplinen und anderen, die sich mit drogenabhängigen Personen befassen, ermöglicht, ihre Kenntnisse über die Ursachen, Vorbeugung und Behandlung der Süchtigkeit zu fördern;
- II. die Mitgliedstaaten, die dies noch nicht getan haben, einzuladen, der Single International Convention on Narcotic Drugs 1961 beizutreten und die Anstrengungen der Vereinten Nationen zu unterstützen, ein Zusatzprotokoll zu dieser Konvention über psychotrope Substanzen auszuarbeiten.

Die Ministerdelegierten haben auf ihrer 193. Tagung beschlossen, die Empfehlung der Beratenden Versammlung den Expertenkomitees für Strafrechtsprobleme und für Volksgesundheit zur Stellungnahme zu übermitteln. Der Inhalt der Empfehlung wird daher vorerst durch diese Expertenkomitees behandelt. Erst auf Grund der Stellungnahmen dieser Komitees wird das Ministerkomitee über weitere Veranlassungen hinsichtlich der Empfehlung und einer allfälligen Weiterleitung an die Regierungen der Mitgliedstaaten des Europarates Beschluss fassen.

- 3 -

Die nächste Tagung des Expertenkomitees für Volks gesundheit wird voraussichtlich im März 1971 in Strass burg stattfinden.

In diesem Stadium der Behandlung der Empfehlung der Beratenden Versammlung ist es daher der Bundesre gierung noch nicht möglich, dazu Stellung zu nehmen, welche Veranlassungen Österreich auf Grund einer allfälligen später an die Mitgliedstaaten des Europarates adressierten Empfehlung des Ministerkomitees zu treffen haben wird.

Unabhängig davon, dass demnach eine Empfehlung des Ministerkomitees an die Mitgliedstaaten noch nicht vor liegt, ist das Bundesministerium für soziale Verwaltung seit Jahren bemüht, durch breit angelegte Aufklärungsmass nahmen die Öffentlichkeit und besonders die Schuljugend über die Gefahren der Rauschgiftsucht aufzuklären. Darüber hinaus sind bereits Vorarbeiten im Gange, den Beitritt Österreichs zu der Single International Convention on Narcotic Drugs 1961 herbeizuführen, wofür allerdings eine umfassende Änderung der gegenwärtigen Gesetzgebung auf dem Gebiete des Suchtgiftwesens erforderlich ist. Schliess lich sei erwähnt, dass seit 11.Jänner 1971 in Wien eine Tagung der Vereinten Nationen stattfindet, die sich mit der Ausarbeitung eines Protokolls betreffend psychotrope Substanzen befasst."

Wien, am 12. Februar 1971

Der Bundesminister
für
Auswärtige Angelegenheiten:

